

LESERMEINUNGEN

An die Herren von Liechtenstein

Sie haben an die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner einen Brief geschickt. Was darin steht, ist nicht wahr. Die fürstliche Familie kann auch in Zukunft in Liechtenstein leben, wenn wir ein JA zur FRIEDENSINITIATIVE oder ein DOPPELTES NEIN einwerfen.

Arno Oehri, Kernmishüntweg 535, Ruggell

Wir nehmen das Fürstenhaus beim Wort

Der Erbprinz sagte am Volksblatt-Lesertelefon wörtlich: «Das Fürstenhaus wird nie politische Funktionen ausüben, wenn dies die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr wünscht.» Dies lässt den Umkehrschluss zu: «Das Fürstenhaus wird politische Funktionen ausüben, wenn dies die Mehrheit der Bevölkerung wünscht.» Durchlaucht, die überwiegende Mehrheit der Liechtensteiner/-innen stand und steht zu einem aktiven und starken Fürsten, wie er es die letzten achtzig Jahre war. Dies belegen auch mehrere Umfragen. Die Aussage des Erbprinzen stimmt optimistisch, dass auch bei einer Beibehaltung der bewährten Verfassung das Fürstenhaus weiterhin politisch zum Wohle des Landes aktiv sein wird – wie es auch der verstorbene Landesfürst S.D. Franz-Josef so meisterhaft, und ohne Wenn und Aber, verstanden hat. Durchlaucht, eine grosse Mehrheit der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner will, dass das Fürstenhaus weiterhin in der Tradition Ihres verstorbenen Grossvaters – aktiv, weitsichtig und integrierend – zum Wohle Liechtensteins im Land tätig ist. Um in diesem Punkt Gewissheit zu bekommen, brauchen wir am kommenden Wochenende nicht an die Urne zu gehen. Gemäss Ihrer Aussage im Volksblatt ist dem Fürstenhaus der Wunsch der Volksmehrheit heilig. Durchlaucht, wir nehmen Sie beim Wort.

Claudia Vogt-Lenherr, Landstrasse 171, Triesen

Unvollständig und manipulativ

Ergänzungen zum Bericht «Mit oder ohne Fürstenhaus?» von Martin Frommelt, Volksblatt 12. 3. 2003

An der kontradiktorischen Fernsehdiskussion vom Montagabend hat mir Ernst Walch unterstellt, ich sei gegen die Monarchie. Mit dem Satz «Dann geben Sie doch gleich zu, dass Sie gegen die Monarchie sind», wollte er mich als unglaubwürdig hinstellen. Das versuchte nun auch Martin Frommelt. Wenn es wert ist, für diese Unterstellung Drucker-schwärze zu verbrauchen, so wäre es nicht mehr als fair, wenn auch die Antwort der Beschuldigten abgedruckt wird. Zum Glück hat das Vaterland dem Dialog genauer und bis zum Schluss zugehört und ihn auch dementsprechend wiedergegeben: «... Sie widersprach dem und verwies auf die vielen Kompetenzen des Fürsten.» Der Fürst soll für mich zudem bewahrend sein und nicht spaltend. Ich spreche dem Fürsten eine ganz wichtige Rolle zu. Er ist ein Aktivbeobachter unseres politischen Geschehens und soll, wenn er Fehlentwicklungen beobachtet, eingreifen.

Cornelia Batliner, Eschen

Klarstellung

In den aktuellen Inseraten des Verfassungsfriedens wird die Liste mit den 600 Supportern abgedruckt. Aus Platzgründen werden nur die Namen und nicht der Wohnort abgedruckt. Manfred Wanger, Bürger von Schaan, wohnhaft in Gamprin, hält ausdrücklich fest, dass er kein Supporter des Verfassungsfriedens ist. Bei der auf der 600 Namen langen Supporterliste aufgeführten Person gleichen Namens handelt es sich um den in Planken wohnhaften Manfred Wanger. Initiativkomitee Verfassungsfriedens

LESERMEINUNGEN

Erstaunliche Parallelen

«Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!» Diese Aussage stammt von George W. Bush. Sie hätte auch von unserem Fürsten stammen können. Bei genauerem Hinsehen bestehen erstaunliche Parallelen zwischen dem gegenwärtigen Verhalten unseres Fürsten und jenem der USA.

Der Fürst war nicht bereit hinzunehmen, dass sein Vorschlag die erforderliche Mehrheit im Landtag nicht erreichte und brachte ihn sodann vors Volk. Gleiches zeichnet sich jetzt auch für die USA ab. Es wird im UNO-Sicherheitsrat zäh verhandelt. Die USA lassen aber keinen Zweifel daran, dass sie notfalls auch ohne UNO-Mandat, allenfalls auch ohne den bisherigen Mitstreiter England, in den Krieg ziehen werden.

Die Wurzeln für diese Verhaltensweisen liegen in beiden Fällen etwa zehn Jahre zurück. George Bush sen. hatte damals, wahrscheinlich auf Druck der UNO, das Regime von Saddam Hussein nicht gestürzt. Diesen «Fehler» will sein Sohn nun ausmerzen. Die Ursache für die Verfassungsinitiative des Fürstenhauses liegt in der Staatskrise vom Oktober 1992 begründet. Weil die bestehende Verfassung von 1921 dem Plan des Fürsten, Regierung und Landtag zu entlassen und mittels Notrechts zu regieren, damals im Wege stand, musste er sich beugen und willigte in einen Kompromiss ein.

Jene Hindernisse (Regierungsentlassung, Auslegung des Staatsgerichtshofes in Kompetenzkonflikten, Gegenzeichnung von Notverordnungen in bestimmten Fällen) werden durch seinen Initiativvorschlag nun ausgemerzt. Kompromisse wird der Fürst in Zukunft nicht mehr abschliessen, müssen, weil er alle Zügel in der Hand halten wird. Die Notwendigkeit, Kompromisse zu schliessen, ist aber ein Bestandteil unseres Staatsaufbaus (Dualismus). Können sol-

che zwischen Fürst und Landtag aber nicht erzielt werden, sollte als Ventil (ohne Druck!) das Volk oder allenfalls der Staatsgerichtshof als unabhängige Instanz entscheiden. Diese Lösung brächte die Friedensinitiative. Thomas Nigg, Triesen

Lügeninserate

Den Werbestrategen für die Fürsteninitiative scheinen keine Grenzen gesetzt. Wenn noch nicht stimmberechtigte Jugendliche in Zeitungsinseraten behaupten, dass sie für die Fürsteninitiative stimmen, ist das schlichtweg gelogen. Oder dürfen Befürworter der Fürsteninitiative auch stimmen, wenn sie noch nicht 18 sind? Wer zu solchen Mitteln greift, muss auf der sachlichen Ebene wahrlich schlechte Karten haben. Ich frage mich sorgenvoll, wie solche Leute mit der Macht umgehen, welche sie bei der Annahme des fürstlichen Verfassungsvorschlages bekommen.

Peter Meier, Tonagass 9, Eschen

Nun ist es soweit ...

Dieses Wochenende können wir also endlich abstimmen, ob wir ein Land ohne Fürst oder absolutistische Zustände bei uns im Land haben wollen: wenn das keine Entscheidung zwischen Not und Elend ist! Wenn man die Leserbriefe so liest, entscheiden wir uns dieses Wochenende zwischen wirtschaftlicher Stabilität und politischen Rechten, wobei eine Mehrheit der Mitbürger bereit zu sein scheint, ihre politischen Rechte für angebliche wirtschaftliche Stabilität zu verkaufen. Nur, wer garantiert uns, dass der Fürst (und nur er) uns diese wirtschaftliche Stabilität geben kann? Oder besser: Haben

wir Liechtensteiner so wenig Selbstbewusstsein, dass wir meinen, dass auf Grund des Wegzugs unseres Fürsten es mit dem ganzen Land bergab geht? Anstatt unseren wirtschaftlichen Wohlstand dem Fürsten zuzuschreiben, sollten wir stolz auf unsere Väter und Grossväter sein, die Liechtenstein zu dem gemacht haben, was es heute ist. Wieso haben wir kein Vertrauen in Landtag und Regierung, die von uns selbst direkt bzw. indirekt gewählt werden? Die fürstliche Verfassung kommt nämlich einem Vertrauenszug für Landtag und Regierung gleich, die mit dieser Verfassung beide weniger Einfluss hätten. Darum: Lasst uns unsere Zukunft in unseren eigenen Händen halten, gebt uns jungen Menschen die Chance, unsere politische Zukunft selbst zu bestimmen und sprecht unserem Landtag und unserer Regierung weiterhin das Vertrauen aus: Mit einem Nein zur Fürsteninitiative!

Thomas Kindle, Student, Berlin/Triesen

Ohne Achtung - keinen Halt!

Zuviel hat unsere Heimat die letzten Jahre, besonders die letzte Zeit in Aufruhr gebracht. Liest man die gemeinen, unter aller Würde, ohne Respekt und Anstand geschriebenen Leserbriefe, schlägt einem das Herz bis zum Hals. Ja, Gott sei Dank ist die Lösung in Sicht! Und die liegt nur in der Fürsteninitiative! Also, ein klares JA zu unserem Landesfürsten und unserem Erbprinzen, und somit auch für das Volk, uns!

Ein «doppeltes Nein», das nur aus der so genannten «Friedensinitiative» entstanden ist, bringt überhaupt keinen Frieden, im Gegenteil! Wir wollen doch als Liechtensteiner mit geradem Rücken wieder ins Ausland können, ohne uns schämen zu müssen, Liechtensteiner zu sein! Also, darum JA zur Fürsteninitiative!

Vreni Eberle, Gagoz 21, Balzers

Vertrauen in wen?

Bilder offenbaren oft mehr als tausend Worte. In der neuen Aussendung von Fürst Hans-Adam stehen seine verstorbenen Eltern im Mittelpunkt, nicht er als der regierende Fürst! Ich lese dies so: Wir werden erinnert an die glückliche Zeit mit Fürst Franz Josef und Fürstin Gina. Es war aber auch die Zeit, als die jetzige Verfassung kein Hindernis war, dass Liechtenstein zu einem bis anhin ungeahnten Reichtum und Wohlergehen prosperieren konnte und weitgehend ein tiefes Vertrauensverhältnis, ja eine Liebe zwischen Fürstenhaus und Volk vorherrschten. Diese Zeit ist vorbei und wenn die Schweizer Illustrierte vom 23. Oktober 1989 anlässlich des Todes von Fürstin Gina auf dem Titelblatt vom «Ende eine glücklichen Zeit» schrieb, verstehen wir erst heute diese im nachhinein prophetischen Worte. Fürst Hans-Adam ist es leider nicht gelungen, in dieser Weise das Verhältnis weiterzupflegen. Der Regierungsstil zwischen ihm und

seinem Vater könnte unterschiedlicher nicht sein. Deshalb konnte er in weiten Kreisen des Volkes auch keine Liebe gewinnen, teilweise hat er auch den Respekt vor seiner Person verloren. Es wird nicht gut herauskommen, wenn er dies nun über die Verfassung «erzwingen» will. Wir sehen jetzt schon den Scherbenhaufen. Der Verfassungsvorschlag des Fürsten ist in weiten Teilen ein Konfliktmodell, das weitere Polarisierungen auslösen wird. Es ist in diesem Sinne ein getreuliches Abbild der Person des Fürsten. Bei Fürst Franz Josef hätte ich ein überzeugtes JA in die Urne geworfen, auch, weil mir an der Monarchie viel liegt. Bei Fürst Hans-Adam fällt mir dies aufgrund aller Erfahrungen schwer. Ich werde NEIN in die Urne werfen. Damit ist der Weg frei, dass Hans-Adam zurücktreten kann. Er hat immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass er sich in seinem Leben gerne andere Betätigungen vorstellen könnte als «nur» Fürst sein. Jetzt ist der Zeitpunkt dafür. Meine Hoffnung geht dahin, dass seinem Sohn Alois es gelingen mag, irgendwann aus dem Schatten seines Vaters zu treten, so dass es ihm gelingt, an der guten Zeit von Fürst Franz Josef und Fürstin Gina wieder anzuschliessen. Dann kann eine neue Generation das aufnehmen, was wir heute nicht schaffen. Bis dahin «hält» die bestehende Verfassung alleweil!

Lic. phil. Werner Hasler, Psychotherapeut, Eschen

Kartengrüsse vom Schloss

Uns würde es anstehen, in Würde und Sachlichkeit über eine Verfassung zu diskutieren, welche Weichen stellt für die Zukunft unseres Staates. In Liechtenstein jedoch ist es möglich, diese Diskussion herab zu brechen auf die einfache Frage «Ja oder Nein zur Fürstenfamilie». Das ist eine absichtliche Täuschung, die wir einem verletzten Fürsten und hörigen FBP-Verantwortlichen zu verdanken haben. Dagegen wehren wir uns und stimmen voller Überzeugung für den «Verfassungsfrieden»!

Ingrid und Georg Kaufmann-Sele, Bahnstrasse 61, 9494 Schaan

ANZEIGE

«Caribe Club» de Liechtenstein
#GREATMUSIC
Fiesta Latina
Grosse Latin-Party
«La Tremenda» Fuego y Pasión
«Tentación del Caribe» Di'caby
Sa. 15. März 2003
20.00 Uhr
Gemeindesaal Eschen, Markt 25
LIVE MUSIC & SHOW
WESTERN MONEY UNION TRANSFER
The fastest way to send money worldwide.
En su estación ↔ SBB CFF FFS

ANZEIGE

Nein zur Fürsteninitiative

«Durch die Verweigerung der Sanktion (absolutes Veto) kann der Fürst eine Volksentscheidung zunichte machen. Das ist für mich eine Entmündigung des Stimmvolkes und hat mit der Stärkung der demokratischen Rechte wenig zu tun.»

Cornelia Batliner, Lehrerin, Eschen